

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Richard Schöler
Verlags- und Druckerei: 25 241
Nur für Nachgelagerte: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1925 bei fägl. zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 120 Pfg., überhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Zustüge gegen Voranbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Scherfblätter werden nicht aufbewahrt.

Die Kommunisten regen sich wieder.

Die englischen Blätter weisen auf die grundlegende Bedeutung der Herriot- und Lutherreden hin. Stresemann auf der Kultur-Tagung in Halle. — Jouvenel lehnt sich mit der Rede Dr. Luthers auseinander.

Eine neue Geheimorganisation entdeckt.

München, 1. Febr. Die Münchner Polizeiabteilung hat vor einiger Zeit in Erfahrung gebracht, daß der illegale R. P. D.-Bezirk „Südbayern“ an der Draanströmung eines sogenannten „Ordnungsdiensles“ arbeitet. Die polizeilichen Ermittlungen über das Wesen dieser Draanströmung ergaben folgendes: Der „Ordnungsdiensle“ ist eine kommunistische Schule zur Vorbereitung des Bürgerkrieges. Die kommunistische Partei will mit diesem „Ordnungsdiensle“ eine disziplinierte, straff organisierte Truppe schaffen, der die Aufgabe zukommt, bei bewaffnetem Aufruhr die Führung der Masse zu übernehmen und den Grundstock für eine Rote Armee zu bilden. Grundorgan der Draanströmung des „Ordnungsdiensles“ ist das sogenannte

„Münchener Komitee“.

Es ist je fünf Ordnungsdienstleistungen bilden eine Gruppe. Vier solche Gruppen vereinigen sich zu einem Zug, je fünf Züge bilden eine Bataillon. Der „Ordnungsdiensle“ hat die Aufgabe, die Stärke der Münchener Organisation des „Ordnungsdiensles“ beträgt zurzeit mehrere hundert Mann. In welchem Rahmen sich diese Ausbildung bewirkt, zeigt das letzte von der Münchener Zeitung an die Ortsgruppe gerichtete „Informationsheft“, in welchem die Ortsgruppen dringend aufgefordert werden, der

Bereitstellung von Dachstützen und Sandbarackenwerkern

besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dem „Ordnungsdiensle“ sind verschiedene Abteilungen angegliedert, so ein Nachrichten dienst, ein „Versehungsdiensle“, ein Sanitätsdiensle und ein Verbindungsdiensle. Dem Nachrichten dienst liegt es ob, die Lage des Gegners festzustellen. Jeder Bezirksführer muß von Zeit zu Zeit der Berliner Zeitung über den Stand der militärischen Wehrmacht, der Polizei, sowie der sonstigen Draanströmungen des Bezirks Bericht erstatten. In letzter Zeit wandte sich der Nachrichten dienst insbesondere der Erkundung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an. — Der Versehungsdiensle hat die Aufgabe, durch eine zielbewußte, auf die Verhütung der Waffensammlung des Staates gerichtete Tätigkeit den Weg zur gewalttätigen Verwirklichung der Verfassung zu ebnen. Diese Waffensammlung hat bereits bei verschiedenen Truppenteilen begonnen, indem dort durch noch unermittelte Kommunisten aufsehendes Propagandamaterial zur Verbreitung gelangte.

Am 17. Januar gelang es nun, in München den Draanströmungsführer und Leiter des „Ordnungsdiensles“ für Südbayern in der Person des Münchener Roten Karl Mauer festzunehmen, als er kurz vorher das Landratsamt verlassen hatte. Bei Mauer wurde umfangreiches Material gefunden, das sowohl über den „Ordnungsdiensle“ wie über die anderen Abteilungen in Südbayern interessanten Einblick gewährt. Die Mauer selbst erklärte, war er eben im Begriff, sein Material an einen vor polizeilichen Kontrollen geschützten Ort zu bringen. Nach den Aufzeichnungen des Mauer beträgt die Stärke des „Ordnungsdiensles“ in Südbayern etwa 655 Mann. Bei Mauer wurden u. a. auch Nachweise dafür gefunden, daß die Tätigkeit des „Ordnungsdiensles“ auch auf die Beschaffung von Waffen richtete. Auf Grund des vorliegenden Abwesenheitsmaterials wurden bis zur Stunde weitere 33 Personen festgenommen und der Polizeiabteilung angeführt. Da es sich bei dem „Ordnungsdiensle“ um eine hochverräterische Organisation handelt, wird sich das Reichsgericht in Leipzig bzw. der Staatsgerichtshof mit der Strafverfolgung beschäftigen.

Kommunistische Werbearbeit in Mittelddeutschland.

Halle, 1. Febr. Die heute von kommunistischer Seite nach Halle einberufenen Betriebsräte-Konferenzen für den mitteldeutschen Bergbau, zu der 66 Betrieben, darunter 30 Betriebsräte erschienen waren, während der mitteldeutschen Bergbau 25 Betriebe mit mehr als 20000 Bergarbeitern umfaßt, wurde von dem kommunistischen Reichslagsabgeordneten Rosenbaum eröffnet. Reichslagsabgeordneter Rosenbaum betonte in seinem Referat die Notwendigkeit, den Aufbruch der Gewerkschaftsbewegung den kommunistischen Parteizwecken dienlich zu machen und die Führung in die Hände der kommunistischen Funktionäre zu bringen, um so die von der R. P. D. aufgestellten Forderungen durchzusetzen. Bis zum 8. Februar müßten die Kampfmaßnahmen vorbereitet, und man warte nur auf die Mitwirkung der mitteldeutschen Bergarbeiter. Zunächst müßte die Forderung einer vierzigprozentigen Lohnerhöhung erhoben werden. Eine Entschließung der Konferenz fordert die Herausgabe der angeblich 7000 Inhaftierten. (W. Z. B.)

Der Prozeß der kommunistischen Abgeordneten.

Leipzig, 1. Febr. Wie verlautet, findet wenige Wochen nach dem Prozeß gegen die deutsche Tscheka, der am Dienstag, dem 10. Februar, beginnt, ein weiterer umfangreicher Hochverratsprozeß gegen die bekannten kommunistischen Führer vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik statt. U. a. sind angeklagt die Mitglieder der kommunistischen Parteizentrale in Berlin, Klemme, Sieder, Koenen, Hüblich, Geder, Pfeiffer, Lindau und Felix Schmidt. Auch dieser Prozeß wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Vergrabene Sprengstoffe der Kommunisten.

(Durch Funkgespräch.)

Karlsruhe, 31. Jan. Nördlich der Ludwigsfestung bei Kastell fanden spielende Knaben Sprengmunition. Auf Grund daraufhin vorgenommener polizeilicher Nachforschungen und Hausdurchsuchungen hat sich der Verdacht herausgestellt, daß Mitglieder der R. P. D. die Sprengstoffe vergraben haben. Die Staatsanwaltschaft hat gegen mehrere Personen Haftbefehle ausgestellt und die Angelegenheit dem Oberreichsanwalt überwiesen. (W. Z. B.)

Raditschs Verbindung mit der 3. Internationale.

Belgrad, 31. Jan. Die Neuerung veröffentlichte gestern einen vom 27. Juni 1924 datierten Brief Raditschs an den Sekretär der Bauerninternationale Smirnow, in dem er erklärt, daß das Programm und die Taktik der republikanischen kroatischen Bauernpartei mit dem Hauptziel des Komitees der 3. Internationale übereinstimmen, das darin besteht, die Kräfte der Arbeiter und Bauern zusammenzufassen, um den imperialistischen Kämpfen ein Ende zu machen und die Macht zu erobern mit dem Ziel, durch soziale Gerechtigkeit das Los der Arbeiter und Bauern zu verbessern. Der Brief sieht eine Revolution vor für den Fall, daß es nennenswert sein sollte, durch geeignete Mittel eine Bauern- und Arbeiterrepublik Jugoslawien zu errichten, wobei für später die Schaffung eines Bundes von

Bauernstaaten ins Auge gefaßt wird, der sich von den böhmisches Bergen bis zum Adriatischen Meer erstrecken sollte. Dem Brief wird ein vom Präsidium des Komitees der 3. Internationale ausgehendes Protokoll, datiert vom 1. Juli, beigelegt, in dem erklärt wird, daß die Taktik des „Kameraden“ Raditsch vollkommen den Ansichten des Komitees der 3. Internationale entspreche, was die Bildung eines revolutionären Bauern- und Arbeiterbundes anbelangt.

Tagung des internationalen Bergarbeiter-Komitees.

Hannover, 1. Febr. Das internationale Bergarbeiter-Komitee trat heute um 10 1/2 Uhr vormittags zu der ersten Sitzung der in Hannover stattfindenden Tagung zusammen. Die Sitzung war um 5 Uhr beendet. Vertreten waren Deutschland durch Husemann, Limberg, Dr. Berger, Franz Schmidt; ferner entsandten Vertreter England, Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei, Desterreich, Ungarn und Polen. Zu Beginn der Sitzung gab Smith (England) den Finanzbericht. Am Montag findet eine Aussprache über den Dawes-Plan und dessen Auswirkungen statt, desgleichen soll Beschluß gefaßt werden über die Entsendung einer Delegation nach Rußland. Die Presse war zu der heutigen Sitzung nicht zugelassen worden.

Dillingen, 1. Febr. Auf der Dillinger Hütte ereignete sich heute morgen eine Hochofenexplosion. Fünf Arbeiter wurden getötet und mehrere verwundet. (W. Z. B.)

England und die französischen Sicherheitsorgen.

Eine englische Stimme zu Herriots Sekrede.

London, 31. Januar. Zu der Rede Herriots bemerkt „Manchester Guardian“, Poincaré habe versucht, die Reparationsklausel des Friedensvertrages dazu zu benutzen, um die Rheinlande und, falls möglich, auch im Ruhrrevier die dauernd seinen Fuß zu lassen. Herriot hat die Poincaré-Politik getopft, da sie, wenn man sie fortgesetzt hätte, Frankreich ruiniert und England erdroffelt haben würde. Der Rückzug aus dem Ruhrgebiet habe Frankreich finanziell und ökonomisch gerechtfertigt. Aber es läßt Poincaré und seinen Freunden so zu sein, als ob man damit auf Kosten der Sicherheit die Reparationen gerettet habe. Herriot habe nun aber zu ihrer größten Verwertung bewiesen, daß sie ihn falsch beurteilt haben.

Er habe gefunden, daß nach dem Buchstaben des Vertrages die französischen Truppen unbegrenzt lange im Rheinlande als Ruhe wegen anderer Vorgehen als gerade gegen die Reparationsklausel verbleiben könnten.

Er habe sich also entschieden, von den Entwaffnungsklauseln des Friedensvertrages denselben Gebrauch zu machen, wie Poincaré von den Reparationsklauseln. Er sage dies zwar nicht so offen, wie es Poincaré getan habe, seine Absichten seien aber durchaus klar. Deutschland habe sich nicht gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages entwaffnet, und infolgedessen räumten die alliierten Truppen nicht die Kölner Zone. Das Wort fährt fort, jedermann wisse sehr wohl, daß die Bewaffnung Deutschlands der Vorwand für die Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes über das durch den Vertrag festgesetzte Datum hinaus sei.

Indem aber Herriot seine Politik erläuterte, habe er zuerst nicht auf die Entwaffnungsklausel des Vertrages, sondern auf die Tatsache hingewiesen, daß der Rhein für die Sicherheit Frankreichs unbedingt notwendig sei. Dies sei nun aber im Grunde genommen nichts anderes als was Marshall Foch während der Friedensverhandlungen gesagt habe, und was seitdem von Franzosen aller Parteien oftmals wiederholt worden ist. „Manchester Guardian“ macht sodann darauf aufmerksam, daß zwar kein Grund vorhanden sei, warum die Franzosen nicht sagen sollten, was sie möchten. Wenn aber ein verantwortlicher Staatsmann dieses als ein Argument gebrauche, um die Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes zu rechtfertigen, so zerreihe er mit einem solchen Argument nur die gesetzlichen Vorwände, mit denen die Verlängerung offiziell gerechtfertigt werden sollte.

„Manchester Guardian“ stellt ausdrücklich fest, daß der Friedensvertrag auf keinen Fall den Rhein zur französischen Grenze gemacht habe. Da es nun Clemenceau nicht gelungen sei, diese wesentlichen Bedingungen für die Sicherheit Frankreichs durchzusetzen, so habe zuerst Poincaré und jetzt Herriot versucht, den Vertrag so auszulegen, daß er Frankreich etwas geben solle, was er in Wirklichkeit gar nicht enthalte.

Chamberlain und das Sicherheitsproblem.

London, 1. Febr. In einer Rede in Birmingham erklärte Außenminister Chamberlain, daß die erste Aufgabe, die er sich selbst gesetzt habe, die Wiederherstellung des engen Einvernehmens und der herkömmlichen Beziehungen zwischen England und seinen Alliierten sei. Frankreich habe Sicherheit nötig gegen eine Wiederholung der Unbill, die es in den vergangenen Jahren erlitten habe, und bis es eine solche Sicherheit erhalten habe, würde England keine Versicherungen nicht unterdrücken oder den ersten notwendigen Schritt unternehmen, um den alten Streit zu vergessen.

Mit Bezug auf den vor kurzem erfolgten Notenwechsel mit Deutschland über die Besetzung der Kölner Zone sagte Chamberlain, daß er den Ton und den Charakter der deutschen Entgegnungen und der letzten Rede des deutschen Reichskanzlers bedauere. Er fuhr fort: „Ich will nicht in eine dieser Art geführte Kontroverse eintreten. Ich begnüge mich damit, von einem Sach der Rede des Reichskanzlers Kenntnis zu nehmen, daß nämlich keine Regierung mit aller Entschiedenheit entschlossen sei, irgendwelche Verletzungen in der Entwaffnungsforderung zuzumachen, die von den Alliierten bewiesen werden könnten, oder die durch andere Kanäle zu ihrer Kenntnis gelangen würden. Ich begnüge mich ferner damit, den letzten Sach der Note der Alliierten, der der Aufmerksamkeit der deutschen Regierung entgegen zu sein scheint, zu wiederholen, nämlich, daß die Alliierten ihrerseits entschlossen sind, die mit dem Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.“

London, 1. Febr. Der Pariser Berichterstatter der „Sunday Times“ sagt zu der Rede des Ministerpräsidenten Herriot, es handle sich um ein Ereignis von allergrößter Bedeutung, welches das ganze Bild der europäischen Politik verändern könne. (W. Z. B.)

Bernünftige Beurteilung der Reden Herriots und Dr. Luthers.

London, 1. Februar. „Observer“ führt im Leitartikel aus: Die These, daß die Nichterlangung einer englisch-französischen Garantie Frankreich gewisse Rechte außerhalb des Versailler Vertrags gebe, sei nun im Munde Herriots. Zum mindesten scheine er an den Trugschlüssen zu glauben, daß eine Verminderung der deutschen Souveränität über unstrittig deutsches Gebiet nicht so sehr eine häßliche Förderung des Kriegesgeistes als vielmehr eine Garantie für den Frieden böte. Wenn dies die Denkwaise und die Sprache des radikalen Premierministers sei, könne man sich errechnen, was für Forderungen das nationalstiftliche Frankreich stelle. Herriots Argument sei identisch mit dem Poincarés, dessen Ruhrbesetzung sich aus einer Reparationsgarantie zu einer Sicherheitsgarantie verwandelt. Das konservative Blatt führt weiter aus, das französische Verlangen nach Sicherheit sei einmal eine Tatsache, mit der man sich abzufinden habe,

andererseits würde ein Triumph der nationalstiftlichen Politik im Rheinlande zum Zusammenbruch des Dawes-Planes und das Ende der kurzen Herrschaft der Vernunft bedeuten, die Hoffnung auf Abrüstung gehören und zum Chaos führen.

Der einzige Ausweg sei ein dreiteiliges Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland, das die Stabilität in Westeuropa sichere. Erst dann könne man sich mit der Frage der Stabilität der Länder östlich von Deutschland befassen. Die Bedingung für die britische Teilnahme sei natürlich die Räumung des Rheinlandes.

An anderer Stelle sagt „Observer“, die Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Luther am Freitag hätten den deutschen Standpunkt in verständlicher und verbindlicher Form zum Ausdruck gebracht. Sein Verlangen nach Mittelung der Verletzungen, die Deutschland zur Last gelegt werden, sei durchaus berechtigt. Der Pariser Berichterstatter des „Observer“ vertritt die Auffassung, daß die französische Regierung nicht wirklich eine endlose Besetzung des Rheinlandes ins Auge fasse, sondern England und Amerika durch diese Drohung veranlassen wolle, eine sichere Garantie an Frankreich zu gewähren und der Errichtung eines Völkerbundes auf dem linken Rheinufer zuzustimmen. (W. Z. B.)